

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 6/15-19) des Ausschusses „Bau, Umwelt und Verkehr“ des Beirates Neustadt am 09.02.2015

Ort: Mensa des SOS Kinderdorfes, Friedrich-Ebert-Straße 101, 28199 Bremen

Beginn: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.20 Uhr

Anwesend: Alexander Bauermann, Jan Cassalette, Gunnar Christiansen (beratendes Mitglied), Torsten Dähn, Jürgen Hauschild (b. M.), Irmtraud Konrad, Wolfgang Meyer, Ingo Mose (i.V.), Helga Rieck (b. M.), Wolfgang Schnecking

Fehlend: Max Rohrer (e)

Referent_innen/Gäste: Hr. Kittlaus (Amt für Straßen und Verkehr/ASV), Hr. Bessem Khan (Miteigentümer Neustadtbahnhof) und interessierte Bürger_innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Michael Radolla, beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen

Top 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende bittet um Aufnahme des Top „Aufstellung von Fahrradbügeln in der Grünenstraße“ (neu Top 6).

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit dieser Ergänzung genehmigt. (einstimmig)

Top 2 – Genehmigung des Protokolls (Nr. 05/15-19) vom 15.12.2015

Beschluss: Der vorliegende Protokollentwurf wird genehmigt.

Top 3 – Entfernung von Beschilderungen an baulich hergestellten Beidrichtungsradwegen/„Radwege Check-Up“-Programm des Amtes für Straßen und Verkehr (Anhörung)

Der ASV-Vertreter erläutert, das sogenannte „Radwege Check-Up“-Programm basiere auf einer Novelle der Straßenverkehrsordnung aus dem Jahr 1997, mit der seinerzeit die bis dahin geltende allgemeine Radwegebenutzungspflicht aufgehoben wurde und seitdem nur noch auf entsprechend beschilderten Wegen gelte. Ziel dieser Novellierung sei es gewesen, eine Radwegebenutzungspflicht grundsätzlich nur noch dort auszusprechen, wo Radfahrer aufgrund der dortigen durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärke (DTV) die Fahrbahn nicht gefahrlos mitbenutzen können. In allen anderen Fällen werde genau dies vorausgesetzt.

Nachdem man in den vergangenen Jahren im „Check-Up“ zunächst die rein rechtsseitigen Radwege im Stadtgebiet untersucht und überarbeitet habe, gehe es nun um derzeit noch benutzungspflichtige Beidrichtungsradwege. Dabei sei im Ergebnis der erfolgten Untersuchung eine Aufhebung der Benutzungspflicht für diejenigen Straßen empfohlen worden, deren DTV unter 18.000 Kfz täglich (bei 2-spurigen Straßen) bzw. 25.000 Kfz täglich (bei 4-spurigen Straßen) lägen. Dies betreffe in der Neustadt insgesamt 62 Standorte mit folgender Aufteilung:

- Airbus-Allee (2 Standorte)
- Flughafendamm (3 Standorte)
- Friedrich-Ebert-Straße (1 Standort)
- Georg-Wulf-Straße (4 Standorte)
- Hünefeldstraße (1 Standort)
- Meyerstraße (2 Standorte)
- Neuenlander Ring (2 Standorte)
- Neuenlander Straße (47 Standorte)

In der Neuenlander Straße bestehe zudem die Besonderheit zweier aktuell sehr unterschiedlicher Abschnitte im Straßenzug. Während im Bereich zwischen der Kattenturmer Heerstraße und der Georg-Wulf-Straße ein DTV von 50.000 Kfz/Tag vorliege, seien es im Bereich zwischen der Georg-Wulf-Straße und der Senator-Apelt-Straße lediglich 18.000 Kfz/Tag. Daher beziehe sich der vorgeschlagene Abbau auch zunächst ausschließlich auf den schwächer belasteten Abschnitt des Straßenzuges. Bei den verbleibenden Beschilderungen stelle sich darüber hinaus die Frage, ob die derzeitige Freigabe der dortigen Radwege für Mofas auch zukünftig noch Bestand haben solle. Aus Sicht des ASV könnte sie bestehen bleiben, eine grundsätzliche Notwendigkeit dafür bestehe allerdings nicht.

Hinsichtlich einer möglichen Fortschreibung der Standortüberprüfung gebe es derzeit keine konkreten Überlegungen, bauliche Veränderungen im Straßennetz (z.B. Fertigstellung der A 281 BA 2.2) könnten jedoch zukünftige Anhaltspunkte sein.

Beschluss:

Der Beirat Neustadt (Fachausschuss Bau, Umwelt und Verkehr) stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen zu und bittet in diesem Zusammenhang parallel um die Aufhebung der Freigabe für Mofas auf den baulichen Radwegen der Neuenlander Straße.

(einstimmig, 7 Ja-Stimmen)

Top 4 – Neustadtbahnhof – Perspektiven für das Bahnhofsgebäude

Der anwesende Vertreter der neuen Eigentümergemeinschaft des Bahnhofsgebäudes (der außerdem ein Hochschullehrer/Architekt aus Hannover angehört) skizziert kurz die Planungen für eine zukünftige Nutzung der Immobilie.

Danach sollen die derzeit vorhandenen 7 Wohnungen saniert und anschließend wieder vermietet werden (gedacht ist dabei an Studenten, Wohngemeinschaften, Familien). Geplant ist dabei eine veränderte Aufteilung in voraussichtlich dann 10 Einzelwohnungen. Für den unteren Bereich des Gebäudes sei Gastronomie in einer zusammenhängenden Größenordnung von ca. 400 m² vorgesehen (in diesem Zusammenhang ca. 20 Parkplätze und weitere Taxen-Stellplätze geplant). Dafür gebe es auch bereits verschiedene Interessenten.

Zu dem aus Überlegungen zur Umgestaltung der Außenflächen von verschiedenen Seiten favorisierten Umzug des im Gebäude ansässigen Weindepots könne dagegen derzeit noch nichts Endgültiges mitgeteilt werden. Das Weindepot wäre grundsätzlich dazu bereit, allerdings sei noch nicht klar, ob ein solcher Umzug in das Gesamtkonzept der Umgestaltung passe.

Insgesamt solle die derzeitige Gebäudestruktur erhalten bleiben. Darüber hinaus gebe es gemeinsame Überlegungen mit der Stadtplanung, die derzeit direkt gegenüber des Bahnhofs unter der Hochstraße befindlichen LKW-Stellplätze jeweils ein Stück nach rechts und links gegenüber der jetzigen Fläche zu verschieben, um so ein attraktiveres Sichtfenster zu schaffen.

Auf die Frage aus dem Ausschuss, inwieweit die Planungen eine mögliche künftige fußläufige Verbindung in diesem Bereich zwischen der Neustadt und Woltmershausen berücksichtigten, erklärt der Eigentümer, diese sei nicht entscheidend für das Umgestaltungskonzept, würde aber im Falle einer Umsetzung uneingeschränkt begrüßt werden.

Die Ausschussmitglieder begrüßen, dass das langjährig verwahrloste Gebäude nun attraktiver gestaltet werden soll, bedanken sich bei dem Referenten für die Ausführungen und nehmen diese zur Kenntnis.

Top 5 – Zwischenstand Partizipationsprozess zum Hochwasserschutz in der Neustadt

Die Vorsitzende erinnert an die Beiratssitzung zum Thema am 21.01.2016 und die Veranstaltung am 04.02.2016 mit dem vorangehenden Deichspaziergang und weist auf den Workshop am 25.02.2016 hin, der den anschließenden städtebaulichen Wettbewerb mit vorbereiten soll.

Im weiteren Verlauf entwickelt sich unter Einbeziehung der anwesenden Öffentlichkeit eine teils kontroverse Diskussion zur Frage und Einschätzung der tatsächlichen Beirats- und Bürgerbeteiligung im Rahmen der Variantenbetrachtungen zur Deichumgestaltung sowie des angekündigten städtebaulichen Wettbewerbs zur Gestaltung der Fläche oberhalb der Deichmauer. Aus Sicht der Vertreter_innen der Fraktionen Die Linke und der Piraten habe der Öffentlichkeitstermin am 04.02.2016 ihre Befürchtungen bestätigt, dass es über die vorgestellte Vorzugsvariante hinaus keine weitere öffentliche Diskussion über bereits im Planungsprozess verworfene Alternativvarianten (mit möglichem Baumerhalt) geben solle. Darüber hinaus sei deutlich geworden, dass zwar Hinweise aus der Bevölkerung zur möglichen Berücksichtigung im städtebaulichen Wettbewerb diskutiert und aufgenommen werden sollen, eine Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Beurteilung und der Auswahl der Wettbewerbsergebnisse dann aber ebenfalls nicht mehr vorgesehen sei. Somit könne in diesem Zusammenhang nicht von wirklicher Bürgerbeteiligung gesprochen werden.

Der Ausschussprecher weist darauf hin, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen dieses Bauvorhabens eine Bürgerbeteiligung, die die technisch notwendigen Rahmenbedingungen, die für den Deichschutz zwingend erforderlich sind, nicht durch ein Mehrheitsvotum verändern kann. Innerhalb dieses vorgegebenen Rahmens können die Neustädter Bürger_innen eine solch wichtige Adresse der Neustadt jedoch mitgestalten und werden dies hoffentlich auch im anstehenden Workshop am 25.02.2016 auch zahlreich tun.

Aus Sicht anderer Ausschussmitglieder und Teilen der anwesenden Öffentlichkeit ist nach den Erläuterungen auf dem angesprochenen Termin dagegen eine klare Festlegung auf die Vorzugsvariante im Hinblick auf die (alternativlose) Deichsicherheit durchaus nachvollziehbar. Für den städtebaulichen Wettbewerb werden die Möglichkeiten einer echten Bürgerbeteiligung bezogen auf den anschließenden Beurteilungs- und Auswahlprozess nach den Erläuterungen der Planer aber ebenfalls skeptisch gesehen. Aus dem Ausschuss wird es daher für erforderlich

gehalten, den bereits am 21.01.2016 gefassten Beiratsbeschluss hinsichtlich einer Jury-Beteiligung des Beirates im anstehenden städtebaulichen Wettbewerb nochmals zu bekräftigen.

Beschluss:

Der Beirat Neustadt (Fachausschuss Bau, Umwelt und Verkehr) bekräftigt seine Erwartung, in der künftigen Jury für die Beurteilung und die Auswahl der Erarbeitungen im Rahmen des städtebaulichen Wettbewerbs im Zuge der Umsetzungen zum Generalplan Küstenschutz mitzuentcheiden.

(einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung)

Top 6 – Aufstellung von Fahrradabstellanlagen in der Grünenstraße (Anhörung ASV)

Die Vorsitzende erläutert, die Anhörung beziehe sich auf zwei beim ASV eingegangene Anträge von Bürger_innen zum möglichen Aufbau von Fahrradabstellanlagen in der Grünenstraße. Einer tangiere den Bereich in Höhe Hausnr. 7 (ServiceBureau Jugendinformation), der andere den Bereich der Hausnummern 18-21. Das ASV schlägt vor, gegenüber der Hausnr. 7 (in Höhe Hausnr. 120) 6 Fahrradbügel auf einer Länge von 12 Metern (gleichzeitiger Verlust von 3-4 PKW-Stellplätzen) aufzustellen. Für den Bereich der Hausnummern 18-21 werde dagegen auf bereits in der Nähe befindliche Anlagen auf dem Lucie-Flechtmann-Platz verwiesen.

Die Ausschussmitglieder vertagen den Sachverhalt in die nächste Sitzung des Ausschusses, um mögliche alternative Aufstellungen (ohne Verlust von PKW-Stellplätzen) in benachbarten Straßenzügen (z.B. in der Brautstraße) zu prüfen.

Top 7 – Berichte des Amtes

- Fäll- und Rodungsarbeiten am Neustadtsbahnhof im Zeitraum 10.02. – 29.02.2016
- Vorstellung des städtebaulichen Konzeptes zur Gartenstadt Werdersee (Veranstaltung des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr) am 02.03.2016, 18.00 Uhr (Mensa Oberschule Leibnizplatz)
- Voraussichtlich am 12.04.2016 (im Rahmen der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses Bau, Umwelt und Verkehr) Vorstellung der Planungen zum Umbau Bunker Moselstraße und dem Bau einer benachbarten Augenklinik
- Verlegung der Justitia-Statue: Nach aktuellem Sachstand ist keine Verlegung mehr vorgesehen; es soll lediglich eine Reinigung der Statue sowie die zusätzliche Aufstellung einer Info-Stele erfolgen

Top 8 – Verschiedenes

Der CDU-Vertreter teilt mit, dass die Kontrollen in Bezug auf Falschparker im Bereich der Südevorstadt offensichtlich zugenommen hätten, was er ausdrücklich begrüße.

Darüber hinaus beklagt er eine sehr stark zunehmende Vermüllung im Stadtteil, insbesondere im näheren Umfeld von Gewerbeflächen und in Grünbereichen. Diese Ansicht wird im Ausschuss übereinstimmend geteilt.

Es wird vereinbart, das Thema Müll für eine künftige Ausschussbefassung (unter Einbeziehung der Schulen) vorzusehen.

Der stellvertretende Beiratssprecher teilt mit, dass die Auslagen eines neuen türkischen Gemüseladens in der Pappelstraße (nahe des Kreuzungsbereichs der Fr.-Ebert-Straße, einige Häuser neben „Fielmann“) sehr weit und behindernd in den Gehweg hineinragen.

Das Ortsamt sagt eine Weitergabe an den zuständigen Kontaktpolizisten zu.

Daneben stellt er fest, die Hülsen der Poller auf dem Delmemarkt seien inzwischen so stark verdreckt, dass deren Funktionalität bereits erheblich eingeschränkt sei. Es stelle sich in dem Zusammenhang die Frage, wer für die Reinigung verantwortlich sei.

Das Ortsamt erklärt, diese Dinge stellten derzeit eine Grauzone im Bereich der Straßenunterhaltung dar. Das ASV vertrete den Standpunkt, lediglich für die einmalige Anschaffung der Poller zuständig zu sein. Deren Erhalt und Funktionalität müsse aus dem Stadtteil heraus gewährleistet werden. Zu diesen Grundsatzfragen liefen jedoch aktuell auch klärende Gespräche (unter Einbeziehung der Senatskanzlei), da dies auch hinsichtlich des zukünftigen Umgangs mit den Stadtteilbudgets der Beiräte von großer Bedeutung sei.

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass in Kürze die Aufstellung der Beleuchtung des REWE-Parkplatzes am Buntentorsteinweg geplant sei. Sie bitte den Beirat um Unterstützung hinsichtlich einer möglichen Einflussnahme auf die Ausgestaltung dieser Beleuchtung.

Die Vorsitzende erklärt, derzeit werde die weitere Planung zwischen der Fa. Justus Grosse und REWE abgestimmt,

einige Aspekte könnten erst nach Beendigung der übrigen Bauarbeiten geklärt werden. Fa. Grosse habe zugesichert, bei Bedarf für eventuelle Fragen zur Umsetzung zur Verfügung zu stehen.

Der Vertreter der Fraktion Die Linke erklärt, er habe gehört, dass Mietern der Immobilie hinter der jetzigen Flüchtlingsunterkunft am Kirchweg gekündigt worden sei, um auch dieses Gebäude für weitere Unterbringungen nutzen zu können. Er möchte wissen, ob dem Ortsamt dazu Näheres bekannt sei.

Dazu erklärt die Vorsitzende, dass sie davon wisse und auch dem Beirat darüber berichtet habe, dass eine Erweiterung auf dieses Gebäude in der Prüfung sei. Eine solche Erweiterung könne voraussichtlich eine bessere Nutzung der zwischen beiden Gebäudekomplexen liegenden Freiflächen ermöglichen und insofern für die Bewohner_innen vorteilhaft sein. Von den angesprochenen Kündigungen höre sie jetzt erstmalig, die zeitlichen Perspektiven seien ihr nicht bekannt.

Der Ausschusssprecher fragt nach dem Sachstand der Umsetzung von Fahrradpiktogrammen auf der Pappelstraße. Das Ortsamt erklärt, dass die derzeitige Witterung das Aufbringen von Markierungen nicht zulasse. Nach Aussage des ASV würde diese aber sofort bei entsprechender Wetterbesserung umgesetzt.

Daneben möchte er wissen, wie sich aktuell der Planungsfortschritt für den Neubau der Kita Delmestraße darstelle und ob in diesem Rahmen der Ausbau einer Wegeverbindung im rückwärtigen Teil des Grundstücks mit einbezogen worden sei.

Die Vorsitzende teilt mit, das Kinder- und Bildungsressort habe den Planungsauftrag inzwischen erteilt. Aus dem Ausschuss wird ergänzt, dass die genannte Wegeverbindung Bestandteil der Planungen sei.

Ein Bürger weist darauf hin, dass am Ärztezentrum an der Osterstraße eine Zone für Patientenbring- und -abholverkehre fehle, obwohl die Betroffenen häufig stark in ihrer Mobilität eingeschränkt seien. Er schlage daher vor, die auf der anderen Straßenseite (schräg gegenüber) vorhandenen allgemeinen Behindertenparkplätze (2 Plätze) vor den Eingang des Ärztezentrums zu verlegen.

Der Ausschuss greift den Vorschlag für die weitere Ausschussarbeit auf.

Torsten Dähn
Ausschusssprecher

Annemarie Czichon
Vorsitz

Michael Radolla
Protokoll